

# E 42-NR/XX. GP

## Entschließung

des Nationalrates vom 18. Feber 1997

betreffend umfassende Initiativen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Bundesregierung wird ersucht die im Rahmen der sogenannten Export-, Bau- und Technologieoffensive erarbeiteten Maßnahmen ehestmöglich umzusetzen.

Dazu zählen unter anderem folgende Maßnahmen:

\* Im Rahmen der Bauvorhaben der einzelnen Ressorts 1997 sollen in den Ausbau der Infrastruktur Investitionen in der Höhe von 38,1 Mrd Schilling getätigt und damit für rund 52.600 Personen Beschäftigung geschaffen werden.

Davon sollen unter anderem in den Bundeshochbau sowie in den Bundesstraßenbau rund 19,3 Mrd Schilling investiert werden und voraussichtlich für 21.100 Personen Beschäftigung bringen.

Geplante Baumaßnahmen im Umweltschutzbereich in der Höhe von 6,1 Mrd Schilling sollen einen Beschäftigungseffekt von 19.500 betroffenen Personen erzielen.

Im Verkehrsbereich sind für Schieneninfrastruktur, Investitionsmaßnahmen der Hochleistungs-AG sowie der Telekommunikation rund 8,8 Mrd Schilling geplant. Daraus soll sich eine Beschäftigung für etwa 6.900 Personen ergeben.

\* Durch die Exportoffensive der Bundesregierung sollen vor allem wichtige Wirtschaftszweige abgesichert und eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Rahmenbedingungen für den Export sollen verbessert, Vertriebs- und Marketingoffensiven gestartet sowie auf die dringend notwendige Mitarbeiterqualifizierung Bedacht genommen werden (z.B. durch die Errichtung einer eigenen Fachhochschule zur Ausbildung von Spezialisten für exportorientierte Unternehmen). Weiters soll die Öffnung internationaler Märkte auf multilateraler Ebene (zB. im Rahmen der WTO) vorangetrieben werden.

\* Zur Schaffung von hochqualifizierten, zukunftsicheren Arbeitsplätzen in Österreich stellt die Bundesregierung in den Jahren 1997, 1998 und 1999 jeweils eine Milliarde Schilling (sogenannte Technologiemilliarde) zur Verfügung.

-2-

- \* Als einen weiteren effizienten und zielführenden Ansatz zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich begrüßt der Nationalrat die Einigung der Sozialpartner zur Flexibilisierung der Arbeitszeit.
  
- \* Zur Entlastung der Wirtschaft und zur Effizienzsteigerung des österreichischen Krankenkassensystems ist auch die Abschaffung der Krankenscheine samt Krankenscheinegebühr und deren Ersatz durch ein Chipkartensystem zielführend.

Die Frau Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird daher ersucht, im Rahmen ihrer Kompetenz die Voraussetzungen ab 1.1.1998 zu schaffen, welche die Einführung eines Chipkartensystems und die Abschaffung der Krankenscheine samt Krankenscheinegebühr ermöglichen.

Hiebei ist besonders darauf zu achten, daß durch die Einführung der Chipkarte

1. für die Versicherten keine zusätzlichen Belastungen entstehen,
  
2. das Recht auf Geheimhaltung medizinischer Daten der Versicherten unter Beachtung des Datenschutzes gewahrt bleibt,
  
3. die Wirtschaft, die sich durch die Einführung der Chipkarte Verwaltungskosten erspart, einen entsprechenden Beitrag zur Finanzierung leistet.